



Rat der
Europäischen Union

068654/EU XXVI. GP
Eingelangt am 18/06/19

Brüssel, den 13. Juni 2019
(OR. en)

10265/19

ENER 330
RELEX 615

VERMERK

Absender:	Generalsekretariat des Rates
Empfänger:	Rat
Nr. Vordok.:	9855/1/19 REV 1
Betr.:	Außenbeziehungen im Energiebereich - Erläuterung durch die Kommission - Gedankenaustausch

Die Delegationen erhalten in der Anlage den Vermerk des Vorsitzes über die Außenbeziehungen im Energiebereich.

Auf der Tagung des Rates (Energie) am 25. Juni möchte der Vorsitz zusammen mit einer Erläuterung der derzeitigen **Außenbeziehungen im Energiebereich** durch die Kommission einen Gedankenaustausch abhalten, wobei der Schwerpunkt auf einer begrenzten Anzahl von Schlüsseldossiers liegt.

Für besonders wichtig hält der Vorsitz, dass die wichtigsten Partner der Europäischen Union, nämlich Afrika, die USA, China und der östliche Mittelmeerraum, dabei weiterhin im Mittelpunkt stehen. Außerdem sind die weitere Mitwirkung in der Energiegemeinschaft und die Modernisierung des Vertrags zur Gründung der Energiegemeinschaft¹ sowie die Überprüfung der Arbeitsweise und die Modernisierung des Energiechartavertrags² von ausschlaggebender Bedeutung.

Der Vorsitz weist darauf hin, dass die Kommission die Übergangsmaßnahmen zur sauberen Energie in ihren Energiedialogen mit Drittländern und regionalen und internationalen Organisationen durchgängig berücksichtigt hat, um für die weltweite Übernahme der Grundsätze der politischen Maßnahmen und der Gesetzgebung der EU zu werben und damit den Übergang zu sauberer Energie voranzubringen. Vorrang haben auch Beratungen über die Bedeutung langfristiger Planung und die Ausarbeitung von Strategien zur Verringerung der Treibhausgasemissionen bis Mitte des Jahrhunderts, damit die Ziele des Übergangs zu sauberer Energie erreicht werden. Auch die Frage einer stärkeren Verwendung des Euro bei Energiegeschäften mit den wichtigsten internationalen Partnern wurde von der Kommission systematisch zur Sprache gebracht, wo dies angebracht war (dieses Thema wird beim Mittagessen erörtert).

¹ Die Hauptziele des Vertrags zur Gründung der Energiegemeinschaft sind die Schaffung eines stabilen Regulierungs- und Marktrahmens, der den Vertragsparteien ermöglicht, Investitionen anzuziehen, und die Schaffung eines einheitlichen Regulierungsraums für den Handel mit Gas und Strom zwischen der EU und den Vertragsparteien der Energiegemeinschaft. Derzeit läuft ein Reformprozess zur Aktualisierung des Vertrags zur Gründung der Energiegemeinschaft. 2016 und 2018 hat der Rat drei Verhandlungsmandate für Änderungen dieses Vertrags angenommen, und die EU befasst sich im Rahmen eines einzigen Pakets mit den diesbezüglichen Änderungen. Weitere Aufgaben für die nahe Zukunft sind die Steigerung der Energieeffizienz und die Stärkung der erneuerbaren Energien und der Maßnahmen gegen Treibhausgasemissionen durch die Festsetzung neuer Ziele für 2030 sowie ein Steuerungsrahmen.

² *Modernisierung*: Die Investitionsschutzbestimmungen des Energiechartavertrags (ECV) aus den 90er Jahren müssen mit den neuen Standards in Einklang gebracht werden, die durch das reformierte Konzept der EU für die Investitionspolitik gesetzt wurden. Der modernisierte Energiechartavertrag sollte eine Zunahme der Investitionen im Energiesektor bewirken, indem er einen kohärenten, aktuellen und rechtsverbindlichen Rahmen schafft, der Rechtssicherheit bietet und einen weitgehenden Investitionsschutz gewährleistet. Das Hauptproblem ist die Angleichung der Investitionsschutzbestimmungen des ECV an die modernen Standards des Investitionsschutzes und die Erleichterung des Übergangs zu einem kohlenstoffarmen Energiesystem, das stärker digitalisiert und auf den Verbraucher ausgerichtet ist. Um im Namen der EU und ihrer Mitgliedstaaten in die Verhandlungen einzutreten, hat die Europäische Kommission im Mai 2019 einen Vorschlag für ein Mandat des Rates vorgelegt.

Überprüfung: Zugleich findet 2019 eine Überprüfung der Arbeitsweise und Maßnahmen des ECV zusammen mit der Halbzeitüberprüfung der Leistungen des Generalsekretärs statt. Die EU, Japan und Kasachstan wurden zu Überprüfungskoordinatoren ernannt.

Der Vorsitz schlägt vor, die Aussprache mit folgenden Fragen zu strukturieren:

- Wie kann die EU ihre Instrumente einsetzen, damit die europäischen Energieunternehmen dabei helfen könnten, das Potenzial der afrikanischen Energiemärkte zu erschließen, insbesondere für erneuerbare Energie und Erdgas?
- Wie können die EU und ihre Mitgliedstaaten am besten ihre Anstrengungen darauf konzentrieren, Komplementarität zwischen dem Energierat EU-USA und neuen Formen der Zusammenarbeit wie der Drei-Meere-Initiative (3SI) und der Partnerschaft für transatlantische Energiezusammenarbeit (P-TEC) sowie anderen neuen Initiativen der USA und der EU-Mitgliedstaaten zu gewährleisten?
- Wie könnte die EU bei der Vernetzung im Rahmen der chinesischen Initiative "One Belt, One Road" und der EU-Strategie zur Förderung der Konnektivität zwischen Europa und Asien am besten mit China zusammenarbeiten?
- Zum östlichen Mittelmeerraum: Wie können die EU und ihre Mitgliedstaaten die bestehenden Energiedialoge, Zusammenarbeitskanäle und Instrumente wie die Energiediplomatie nutzen, um im Hinblick auf risikomindernde Entwicklungen in der Region für Umweltschutz zu werben?

Hintergrundinformationen

Afrika

In der Mitteilung über die Allianz Afrika-Europa für nachhaltige Investitionen und Arbeitsplätze vom September 2018 wird vorgeschlagen, die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit Afrika durch die Ankurbelung der Investitionen und die Stärkung der Rolle des Privatsektors zu vertiefen. Energie ist ein vorrangiger Sektor. Die EU unterstützt durch die Entwicklungshilfe die Elektrifizierung des Kontinents mit Infrastruktur und Reformen des Regelungsrahmens. Mit der Investitionsoffensive für Drittländer unterstützt sie auch Investitionen des Privatsektors und entwickelt sie passende Rahmenbedingungen für Unternehmen. Im Rahmen der neuen Allianz Afrika-Europa hat die Kommission im November 2018 die hochrangige Plattform für Investitionen in nachhaltige Energie eingerichtet. Die Plattform führt Akteure des öffentlichen Sektors und des Privatsektors, internationale Finanzinstitutionen sowie Akteure aus akademischen Kreisen und Denkfabriken beider Kontinente zusammen und soll bis Ende 2019 Empfehlungen über Investitionen in nachhaltige Energie mit Hebelwirkung in Afrika vorlegen.

USA

Die Vereinigten Staaten sind nach wie vor ein wichtiger Verbündeter, und die Zusammenarbeit im Energiebereich, insbesondere im Rahmen des Energierates EU-USA, ist eine der Erfolgsgeschichten der transatlantischen Beziehungen. Bei Energiesicherheit, Energietechnologien, Digitalisierung und Cybersicherheit gibt es viele Bereiche von erheblichem beiderseitigem Interesse. Die Ausweitung des transatlantischen Flüssigerdgashandels bietet der EU Chancen, um ihre Energiesicherheit durch die Diversifizierung der Lieferquellen zu erhöhen. Am 2. Mai hat die Kommission zusammen mit den US-amerikanischen Ministerien für Handel und Energie in Brüssel eine sehr erfolgreiche gemeinsame hochrangige Veranstaltung für Unternehmen über LNG veranstaltet, die über 200 Regierungsvertreter von beiden Seiten des Atlantiks und 250 Unternehmensvertreter aus der transatlantischen LNG-Branche zusammenführte. Die EU und die USA arbeiten auch bei der Energiesicherheit, insbesondere bei der Fertigstellung des südlichen Gaskorridors, der Gas von Aserbaidschan nach Italien bringen soll, und bei der Energiesicherheit in der Ukraine sehr eng zusammen. Neben dem Energierat EU-USA beteiligen sich die USA mit einer Reihe von EU-Mitgliedstaaten an Initiativen wie der 3SI und P-TEC (wie vom amerikanischen Energieminister anlässlich des 3SI-Gipfeltreffens in Bukarest im September 2018 angekündigt). Die Projekte, die im Rahmen der 3SI und auch der P-TEC ausgearbeitet werden, können die Energiesicherheit Europas durch eine stärkere regionale Vernetzung und die Diversifizierung der Quellen erheblich erhöhen. Wichtig ist außerdem, dass die EU und die USA die transatlantische Einigkeit über die Sanktionen wahren. Die Kommission arbeitet ferner an der Weiterentwicklung der trilateralen Zusammenarbeit mit den USA und Japan als gleichgesinntem Partner, und zwar insbesondere bei LNG und Wasserstoff.

China

China ist ein strategischer Partner der EU beim Übergang zu sauberer Energie. Der jährliche Energiedialog EU-China ist richtungsweisend für die Energiezusammenarbeit, und die kürzlich errichtete Plattform EU-China für die Energiezusammenarbeit gewährleistet die vollständige Durchführung des Dialogs. China ist der weltweit größte Kohlenstoffemittent und zugleich das Land, das am meisten in erneuerbare Energie investiert und am meisten davon erschließt. Die EU begrüßt den überaus wichtigen Beitrag Chinas zum Zustandekommen des Pariser Übereinkommens; allerdings unterstützt und baut China in vielen Ländern Kohlekraftwerke (insbesondere im Rahmen seiner Initiative "One Belt, One Road"), und zwar auch in der Nachbarschaft der EU (Westbalkan, Afrika), ohne bei seinen Investitionen der Nachhaltigkeit Rechnung zu tragen. Die EU-Politik, die in der Mitteilung "EU-China – Strategische Perspektiven" vom 12. März 2019 zum Ausdruck kommt und vom Europäischen Rat gebilligt wurde, ist realistischer, selbstbewusster und facettenreicher. Zwar ist China nach wie vor ein Kooperationspartner beim Übergang zu sauberer Energie, es ist allerdings auch ein Verhandlungspartner, mit dem sich die EU um einen Interessenausgleich bemühen muss, ein wirtschaftlicher Konkurrent beim Streben nach der technologischen Spitzenposition und ein systemischer Rivale, der für alternative Modelle für die Regierungsführung wirbt. Im Anschluss an die positiven Gespräche beim 8. jährlichen Energiedialog EU-China vom April dieses Jahres in Brüssel und die Errichtung der Plattform EU-China für die Energiezusammenarbeit (Mitte Mai), die drei Jahre lang tätig sein wird, sollte die EU in Energiefragen weiter mit China zusammenarbeiten, wobei der gegenseitige Marktzugang und die Nutzung der Plattform für Chancen einer Zusammenarbeit zum beiderseitigen Nutzen im Mittelpunkt stehen sollten.

Erdgas aus dem östlichen Mittelmeerraum

Der Aufbau von Gas-Hubs im Mittelmeerraum bildet einen Grundpfeiler der Diversifizierungspolitik der Energieunion. Mit der Entdeckung erheblicher Erdgasvorkommen in letzter Zeit und in Zukunft (in Ägypten, Israel, Zypern und wahrscheinlich im Libanon) und in Anbetracht dessen, dass ein beträchtlicher Teil dieses Erdgases exportiert werden wird, ist der östliche Mittelmeerraum eine wichtige, sichere und verlässliche Lieferquelle für die nahe Zukunft geworden. Die Entwicklung der Region als Gas-Hub wird von der EU entschieden unterstützt. Die Kommission will bei der Erschließung der Erdgasvorkommen im östlichen Mittelmeerraum hinsichtlich der politischen Unterstützung, der Diplomatie, der Finanzierung von Studien wie für die EastMed-Erdgaspipeline und der zu gegebener Zeit erfolgenden Finanzierung über internationale Finanzinstitutionen als Vermittler auftreten und zur Schaffung eines Investitionsumfelds beitragen, das Investoren für die Entwicklung der Region anzieht. Die Kommission hat zudem die betreffenden Länder bei der Ausarbeitung des zwischenstaatlichen Übereinkommens zwischen Zypern und Ägypten über eine Pipelineverbindung zwischen beiden Ländern und des zwischenstaatlichen Übereinkommens für die EastMed-Gaspipeline unterstützt.
